

Volkswirtschaft

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Mitrex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa**

Band (Jahr): **86 (1979)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

denabsaugluftmenge noch eine Restluftmenge über den Fussboden zurückgenommen wird, um eine günstigere Entstaubung zu erzielen.

Bei den Abluftgittern sollte darauf geachtet werden, dass nur Längsroste zum Einbau kommen und nicht normale TZ-Roste, wegen der besseren Sauberhaltung.

Im Gegensatz zur Zentralklimatisierung, wo der Gesamt- raum klimatisiert wird, besteht noch die Möglichkeit zur Maschinen-Klimatisierung. Hier sind einige Lösungen am Markt. Es können je Maschine standardisierte Klimaschränke eingebaut werden, bei denen der Zuluftkanal auf der Maschine zur Verlegung kommt unter Abstimmung mit dem Maschinenlieferanten.

Die Abluft kann über die Fadenabsaugung zurückgenommen und über Einzelfortluft ausgeblasen werden. Diese Lösungen haben jedoch nur Sinn, wenn geringe Maschinenkapazitäten aufgestellt werden.

Vorteil dieser Lösungen: geringer Platzbedarf bei Altbauten, wo die Aufstellung von Zentralanlagen nicht mehr möglich ist und geringe Kapazitäten benötigt werden.

Schallschutz innen und aussen durch Abstrahlung der Betriebe sowie Klimaanlage

Bei der Projektierung von Neubauten sowie Sanierung von Altbauten darf der Schallschutz nicht ausser acht gelassen werden.

Zunächst muss festgestellt werden, in welchem Gebiet sich der zu behandelnde Betrieb befindet. Hierbei spielt es keine Rolle, ob es sich um einen Neu- oder Altbau handelt. Die von den Bauämtern geforderten Immissionswerte dürfen in keinem Fall überschritten werden.

Bitte achten Sie darauf, dass frühzeitig für evtl. spätere Erweiterungen es von ausschlaggebender Bedeutung ist, wie der Flächennutzungsplan eines Bezirks ausgewiesen wird. Oft werden diese Flächennutzungspläne ausgelegt, und der Betrieb hat noch Einfluss über die Abstufung hinsichtlich der geforderten Schallrichtwerte.

Bei der Planung der Klimaanlage muss darauf geachtet werden, dass die Geräusche der Ventilatoren niedrig gehalten werden. Frequenzanalysen sind in den Garantien festzulegen.

Diese Werte sind für die Beurteilung des Aussenschallpegels bei Aussenluft- und Fortluftgittern wichtig.

Da der Weg über die Abluft bis ins Freie wesentlich kürzer ist als über die Zuluft, ist zu beachten, dass die Maschinen- geräusche unter Umständen lauter sind als die Ventilator- geräusche.

Für die Innengeräusche sind aufgrund der Arbeitsschutzrichtlinien die Mindestgeräuschpegel auf 90 dB(A) festgelegt. Wenn diese Forderung konsequent durchgeführt werden soll, so wird es evtl. erforderlich, Schallschluckdecken einzubauen oder Schallkulissen unterhalb der Decke anzubringen. Hier sind verschiedene Lösungen durchgeführt, die jedoch einen nicht unerheblichen finanziellen Aufwand bedeuten.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass auch die Schallprobleme heute technisch ohne weiteres lösbar sind, wenn man frühzeitig genug Verbindung aufnimmt zwischen dem Hersteller der Maschinen und den am Bau beteiligten Planern.

Franz Josef Temme, Beratender Ingenieur VBI
D-4400 Münster

Volkswirtschaft

Kommt das grosse Fabrikensterben?

Der Umschwung in unserer wirtschaftlichen Konjunktur ist rascher und heftiger erfolgt, als es selbst pessimistische Skeptiker erwartet hatten. Zwar sieht die Lage beschäftigungs- und exportmässig noch durchaus rosig aus. Wer aber hinter die Kulissen sieht und die Verlautbarungen von Politikern, Wissenschaftlern, Industriekapitänen und Verbandsfunktionären ernst nimmt, weiss längst, dass wir wirtschaftlich ersten Zeiten entgegengehen. Die gegenwärtige Lage ist dadurch gekennzeichnet, dass der Arbeiter an der Werkbank noch nichts von den Schwierigkeiten verspürt, während die Unternehmungsleitungen deutliche Anzeichen einer Krise erkennen und voller Sorgen in die Zukunft blicken.

Wie kam diese Situation zustande?

Die sich abzeichnenden Schwierigkeiten sind zurückzuführen auf den hohen Preis, den Käufer von Schweizer Waren für unsere Währung bezahlen müssen — oder wollen. Der «hohe Frankenkurs» ist heute in aller Mund. Ein Ausländer kann Produkte aus der Schweiz nur kaufen, wenn er zuvor seine eigene Währung in Schweizer Franken umtauscht, und dieser Umtausch erfolgt zum Wechselkurs. (Er kann auch seine oder eine andere Fremdwährung an Zahlungs- statt geben, muss dann aber ebensoviel Geld aufwenden, wie wenn er Franken kaufen würde).

Jahrelang sprach kein Mensch von währungsmässigen Schwierigkeiten, und plötzlich ist dieses Problem nun hochaktuell. Warum? Wie oft im Wirtschaftsleben, sind langfristige Zustände und auslösende Momente wirksam gewor-

Der Wechselkurs ist der Preis in einheimischer Währung, der für ausländisches Geld bezahlt werden muss (z. B. SFr. 1.50 für 1 Dollar). Auch ein solcher Preis richtet sich nach Angebot und Nachfrage: bei umfangreichem Angebot und geringer Nachfrage sinkt der Preis, bzw. Kurs; bei geringem Angebot und grosser Nachfrage steigt er.

Der Geldwert (auch Kaufkraft oder Binnenwert des Geldes genannt) wird bestimmt durch die Gütermenge, die man für eine Geldeinheit kaufen kann (steigt das inländische Preisniveau, sinkt der Geldwert und umgekehrt).

den. Die Schweiz und ihre sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse werden seit Jahren sehr hoch eingeschätzt; die amerikanischen und andere ausländische Bedingungen um so weniger (Energieverschwendung, Ertragsbilanzdefizite, Unsicherheit usw.). Damit erwacht der Wunsch der Ausländer, Schweizer Franken zu erwerben, denn diese Währung ist stabil, oder wenn sie sich ändert, dann zugunsten dieser Ausländer. Eine Währung ist wie eine Ware: bei starker Nachfrage steigen die Preise, und das heisst in diesem Fall der Wechselkurs.

Als auslösende Momente oder Initialzündungen für neue Schübe kommen jeweils die Veröffentlichung von Wirtschaftskennziffern, Erklärungen von Staatsmännern, Gipfelkonferenzen, Währungsgespräche, politische Vorgänge und dergleichen in Frage. Sie können sich nur auswirken auf der Basis der spezifischen langfristigen Verhältnisse.

Von festen Kursen zum Floating

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Bretton Woods feste Wechselkurse für alle wichtigen Länder eingeführt. Mit der Zeit änderten sich aber die wirtschaftlichen Verhältnisse so sehr und so unterschiedlich, dass die Werte der Währungen in keinem Verhältnis mehr standen zu den Realitäten: gut wirtschaftende Länder, denen Vertrauen entgegengebracht wurde, hatten zu tiefe (feste) Wechselkurse und umgekehrt. Das System von Bretton Woods hätte laufend den effektiven Verhältnissen der einzelnen Länder angepasst werden müssen, d. h. es wären laufend Auf- und Abwertungen nötig gewesen. Statt dessen entschied man sich für die freie Marktwirtschaft: die Kurse wurden freigegeben; sie sollten sich dort einpendeln, wo dies Angebot und Nachfrage für richtig erachteten.

Nun hat man wohl bei der Einführung dieses sogenannten Floatings den grossen Fehler gemacht, die psychologischen Hintergründe der Kursbildung zu unterschätzen oder gar zu missachten. In den letzten Jahren zeigte es sich nämlich immer mehr, dass der Wert einer Währung vor allem eine Frage des Vertrauens ist. Und so schön an sich solches Vertrauen ist, so schädlich wirkt es sich nun für unsere schweizerische Wirtschaft aus, denn es wird dem Franken ein Vertrauen entgegengebracht, das er — an den Realitäten gemessen — nicht verdient. Er wird auf einen Kurs hochgejubelt, der weit von den wirtschaftlichen Gegebenheiten weg liegt. Nationalbankpräsident Leutwyler sprach kürzlich von einer «geradezu lächerlichen Überbewertung».

Der Ochse am Berg

Als Nationalökonom muss ich meiner eigenen Wissenschaft in den Rücken schiessen. Während Jahrzehnten hatten die Konjunkturfachleute behauptet, eine Krise wie jene der 20er- und 30er-Jahre könnte sich nicht mehr einstellen; da hätte man jetzt das «Instrumentarium» fest in der Hand, um jederzeit wirksam eingreifen zu können. Und jetzt spielen alle diese gescheiterten Köpfe eine äusserst klägliche Rolle: wenn sie sich überhaupt noch hinter dem Ofen hervorwagen, behauptet jeder von ihnen das Gegenteil des soeben Gesagten, so dass die Wirtschaftsverantwortlichen mit diesen Empfehlungen praktisch nichts anfangen können.

Die Leitung unserer Nationalbank versucht deshalb verzweifelt, an der Wurzel des Übels einzugreifen: Sie will das Spiel von Angebot und Nachfrage zu unseren (schweizerischen) Gunsten beeinflussen, indem sie Dollars kauft, wodurch deren Preis steigt und der Frankenkurs sinkt. Gleichzeitig erhöht sie die Geldmenge über Gebühr, um eine Art Inflation darzustellen, welche das Vertrauen in den Schweizer Franken reduzieren soll (aber die Gefahr einer echten Inflation mit interner Preissteigerung in sich birgt). Leider ist es aber rein unmöglich, zahlenmässig festzustellen, wie sich diese Interventionen auswirken; höchstens Vermutungen sind am Platz. Wenn nach Stützungskäufen der Dollar steigt, wird frohlockt; ob das Steigen des Kurses nicht ohnehin (aufgrund anderer Ereignisse) erfolgt wäre, weiss niemand — Volkswirtschaft ist eben weitgehend eine nicht messbare Wissenschaft. Wenn andererseits der Dollar trotz Stüt-

zungskäufen fällt, wird bekanntgegeben, dass der Kurszerfall in Grenzen gehalten werden konnte; ob und in welchem Ausmass sich aber die Dollarkäufe ausgewirkt haben, kann niemand beweisen — nur hoffen! Ob sich somit die Milliarden-Verluste (1978: 5—6 Mia Franken), welche unsere Nationalbank mit diesen Aktionen macht, lohnen, ist mindestens höchst fraglich. Verluste sind es deshalb, weil die Nationalbank gute Franken für kranke Dollars ausgibt, die anschliessend laufend an Wert verlieren. Auf den Markt werfen darf die Nationalbank diese Dollars ja nicht, sonst macht sie die soeben erzielte Kursstützung gleich wieder zunichte.

Exportindustrie in Schwierigkeiten

Hoher Frankenkurs bedeutet nichts anderes, als dass die an sich begrenzte Schweizer Ware den Ausländern zu teuer wird. Sie kaufen in anderen Ländern, wo günstigere Währungsverhältnisse herrschen, oder wo der Staat durch Eingriffe wie Exportrückvergütungen die Preise tief hält. Diese Abwanderung kommt um so eher zustande, als das Qualitätsgefälle in den letzten Jahren immer kleiner geworden ist: auch die ausländische Industrie stellt gute und beste Produkte her!

Einstweilen wird uns durch die Exportstatistik noch bewiesen, dass es der Schweizer Exportindustrie weiterhin sehr gut geht, nehmen doch die Ausfuhren noch immer zu. Entscheidend sind aber nicht die gegenwärtigen Ausfuhren, sondern die Auftragseingänge, und um diese steht es bedenklich: Der Rückgang hat vor etwa einem Jahr leicht und vor einem halben Jahr stark eingesetzt und wird sich, da wir ja sehr viele Güter mit längerer Produktionsdauer herstellen, in etwa zwei Jahren voll auswirken.

Überraschend ist, dass der Bundesrat erklärt, die Lage sei ihm bewusst und er halte Massnahmen bereit für den Fall grösserer Beschäftigungseinbrüche. Dann aber ist es zu spät! Dann sind nämlich die Märkte bereits verloren, und einmal verlorene Märkte sind nicht wieder zu erobern, indem der Bundesrat irgendwelche Massnahmen ergreift. Wenn diese noch so zweckmässig sind, sie werden sich erst in Monaten und Jahren auswirken. Und diese Monate und Jahre werden viele Unternehmungen nicht überbrücken können: sie werden schliessen. Wenn Eingriffe geplant sind, dann müssten sie jetzt kommen, um die Katastrophe zu verhindern, statt sie erst einmal aufkommen zu lassen.

Vom grossen zum kleinen Multi

Sowohl den Behörden als auch der Wirtschaft selbst ist es erfreulicherweise klar, dass in dieser Situation Selbsthilfe zuvorderst steht. Man kann nicht die freie Wirtschaft hochhalten und bei den ersten Schwierigkeiten nach dem Eingreifen des Staates rufen. In dieser Selbsthilfe steht eine Möglichkeit im Vordergrund: Produktionsverlegung ins billigere produzierende Ausland. Das tun die grossen, international tätigen Firmen bereits; sie haben ihre Produktionsstätten im Ausland. Mittlere und kleinere Firmen beginnen nun ebenfalls solche Fabriken in fremden Ländern zu erstellen, oder sie lassen Halbfabrikate bei Drittfirmen im Ausland herstellen, importieren sie in die Schweiz und vollenden sie hier nach unseren Qualitätsnormen. Damit kann sich eine Unternehmung wohl über die Runden retten; aber mit dieser Geschäftspolitik werden hierzulande Arbeitsplätze in grosser Zahl eingehen, und das ist bedenklich.

Wie ungünstig unsere Exportlage — auch wenn sich in den letzten Wochen eine leichte Dollarerholung eingestellt hat — nicht nur in den letzten Monaten, sondern seit Beginn

der 70er-Jahre geworden ist, beweist eine Untersuchung der New Yorker Citybank, die aussagt, dass die Lohnstückkosten in den Jahren 1970—77 in der Schweiz in lokaler Währung mit 37 % von allen Ländern am wenigsten gestiegen sind; ganz anders sieht jedoch das Bild aus, wenn man diese Kosten in amerikanischen Dollars ausdrückt. Der Anstieg der schweizerischen Lohnstückkosten beträgt dann 147 % und steht mit Schweden und Holland in einer Kopfgruppe, nur noch übertroffen von Japan mit 178 %. Am Ende der Rangliste stehen die Vereinigten Staaten mit 44 % und Kanada mit 60 %, und das beweist gleichzeitig, warum den Amerikanern die jetzige Situation ganz und gar nicht unangelegen ist.

Exportrückvergütung die Lösung?

Heute produzieren bereits ungezählte schweizerische Fabriken ohne Gewinn oder gar mit Verlust. Viele von ihnen verfügen über gewisse Reserven; aber allzu lange kann auch damit ein solcher Zustand nicht überbrückt werden. Dann steht der Unternehmer vor dem Entscheid, zu schliessen oder mit dem Risiko des Konkurses noch eine Zeitlang weiterzumachen. Wenn er klug ist, setzt er sich eine klare Grenze für die Höhe des tolerierbaren Verlustes. Wird diese Grenze überschritten, hat er den Betrieb einzustellen, sonst ist er am Schluss so stark verschuldet, dass er die heute geforderten immensen Abgangsentschädigungen nicht mehr zahlen und er selbst nicht mehr anständig weiterleben kann. Vor solchen Entscheiden stehen viel mehr Unternehmer, als wir es wahrhaben wollen.

Wenn die Öffentlichkeit glaubt, es müsste möglichst vielen Unternehmungen über diese Zeiten hinweggeholfen werden, dann kommt wohl nur eine Massnahme in Frage: die Exportrückvergütung, wie sie von vielen Ländern (offen oder versteckt) praktiziert wird. Pro Franken Export gibt der Staat dem Unternehmer eine Rückvergütung oder Prämie von zum Beispiel 10 %. Damit kann dieser seine Produkte um diese Marge verbilligen und besser absetzen.

Ich weiss, dass dieses Vorgehen hierzulande verpönt ist. Dumping sei übrigens nicht statthaft. Demgegenüber ist festzustellen:

1. Unser Franken ist — aus vorwiegend psychologischen Gründen — masslos überbewertet; mit einer solchen Massnahme würde sich sein Wechselkurs lediglich auf ein realwirtschaftliches Mass reduzieren.
2. Dumping schliesst die Absicht ein, mit derartigen staatlichen Massnahmen unter die Welthandelspreise zu gelangen, um zusätzlichen (!) Export zu erzielen. Wir wollen aber nur wieder auf die Welthandelspreise kommen, um unseren Export zu halten.
3. Das Geld für die Finanzierung der Exportförderung steht gewissermassen bereit: statt Milliardenverluste mit Dollarkäufen zu erzielen, könnte die Nationalbank die Exportrückvergütung finanzieren.
4. Die verschiedenen Interventionen der Nationalbank — vor allem die jüngsten anfangs Oktober — haben jeweils eine Kursbesserstellung um lediglich einige Prozent ergeben; dies allein schon wegen des viel zu geringen Einflussbereiches unseres Kleinstaates im Verhältnis zu den mächtigen Wirtschaftsblöcken wie USA und EWG. In der Exportindustrie fehlen aber heute nicht einige wenige Prozente, sondern unsere Exportpreise sind in den letzten Jahren bei stabil gehaltenen Inlandpreisen (= Frankenpreisen) wegen der unglücklichen Kursverhältnisse um rund 30 % angestiegen! Nur ganz massive Eingriffe können also Resultate bringen. Für Besserstellungen um einige Prozent ist es schade um das viele Geld, das die Nationalbank verliert.

Die Haupteinwände, welche gegen die Exportrückvergütung ins Feld geführt werden, bestehen in folgendem:

- Andere (vor allem Entwicklungs-) Länder wären schockiert ob einer solchen Massnahme. Aber gerade diese Länder tun dies längst und bereiten der Schweizer Exportindustrie damit neben dem hohen Frankenkurs zusätzliche Schwierigkeiten. Allzu zimperlich darf man im internationalen Wirtschaftsleben doch nicht sein!
- Eine Exportrückvergütung würde einen riesigen Verwaltungsapparat bedingen, der alle Fakturen prüfen müsste und die exportierenden Firmen kontrollieren würde. Das könnte aber dadurch umgangen werden, dass dem Exporteur restloses Vertrauen geschenkt würde, um ihn dafür bei betrügerischen Handlungen aussergewöhnlich hart zu bestrafen.

Diese Lösung zur Verhinderung einer bestimmt kommenden Krise müsste insofern Erfolg haben, als ihre Auswirkungen zahlenmässig erfassbar wären und demgemäss gesteuert werden könnten. Auch im Wirtschaftsleben hat Anständigkeit und Wohlverhalten eine Grenze. In Ehren unterzugehen, das dürfte sich in einem solchen Fall wohl nur der Schweizer leisten!

Ruf nach zusätzlicher Staatsintervention?

Wir wissen, dass wir als Vertreter und Verfechter der freien Marktwirtschaft Gefahr laufen, mit unseren Forderungen falsch verstanden zu werden. Wir rufen aber nicht schon beim kleinsten Sturm auf unserem Wirtschaftsmeer nach neuer und zusätzlicher Staatshilfe, sondern nach Umwandlung der jetzt bereits in Form der Dollarkäufe erfolgenden, aber wenig Erfolg erzielenden Hilfe in eine wirksamere (!) Exportverbilligung. Diese soll nicht dem Unternehmer als Gewinn zukommen, sondern der Wiederherstellung fairer Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt durch nominelle Preisenkungen dienen. Wir sind überzeugt, dass die Milliardenverluste der Nationalbank erfolgreicher eingesetzt werden könnten, als man es heute tut.

Dr. Walter Honegger
c/o Gebr. Honegger Hinwil AG, Webschützenfabrik
8340 Hinwil

Weder Zweckoptimismus noch Schwarzmalerei!

Wie immer in schwierigeren Zeiten, lässt sich auch jetzt wieder ein verstärkter Hang zu Übertreibungen in der Information über wirtschaftliche Entwicklungen beobachten. Damit ist jedoch niemandem gedient. Im Gegenteil: mit der Dramatisierung negativer Meldungen wird bloss einer allgemeinen Verunsicherung Vorschub geleistet, und auch der Zweckoptimismus hilft nicht weiter, sondern vermittelt höchstens falsche Sicherheit. Was not tut, ist eine sachlich-nüchterne Haltung, und zwar bei den Informanten wie auch bei den Empfängern.

Ein typisches Beispiel für Schwarzmalerei ist das Hochspielen der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Wenn etwa die Oktoberzahlen des vergangenen Jahres über die Beschäftigungsentwicklung mit der reisserischen Schlagzeile «77 % mehr Kurzarbeiter innert Monatsfrist» auf einer

Titelseite präsentiert werden, so ergibt dies ein schiefes Bild. Zugegebenermassen nehmen sich die prozentualen Veränderungen recht dramatisch aus. In absoluten Zahlen und im Vergleich zum Ausland ist die Lage auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt jedoch alles andere als katastrophal. Die grosse Zahl offener Stellen etwa, die jener der Ganz- und Teilzeitarbeitslosen gegenüberzustellen wäre, spricht sogar für eine partielle Austrocknung des Arbeitsmarktes wie in den Jahren der Hochkonjunktur. Da die Ausgangsbasis beim hohen Beschäftigungsgrad in der Schweiz jedenfalls sehr tief ist, fällt jede Zunahme, wenn sie in Prozenten ausgedrückt wird, fast astronomisch hoch aus. Wer einen Apfel hat und einen zweiten dazu erhält, verzeichnet ja schliesslich ebenfalls einen Zuwachs von sage und schreibe 100 % . . .

Das gleiche gilt etwa auch, nur mit umgekehrten Vorzeichen, für die Beurteilung des Frankenkurses. Die seit anfangs November erfolgte Abschwächung gegenüber dem Dollar und der D-Mark wird vielerorts als entscheidender Durchbruch hochgejubelt; zugleich wird angetönt, damit wären die entstandenen Probleme auch bereits überwunden. Solcher Zweckoptimismus ist jedoch ebenfalls fehl am Platz. Auch wenn die innert Monatsfrist erzielten Korrekturen des Frankenkurses eindrücklich sind, liegen die heutigen Ansätze doch noch weit entfernt von jenen beispielsweise Ende 1977 (1 Dollar = 2,08 Franken, 100 D-Mark = 96,47 Franken im Mittel des Monats Dezember). Wird mit dem Hinweis auf die entscheidende Erholung an der Devisenfront einfach auf ein kurzes Gedächtnis der Öffentlichkeit spekuliert? Mit dieser Frage sollen die positiven Seiten der Entwicklung keineswegs bagatellisiert werden. Mit Nachdruck ist jedoch festzuhalten, dass ein ausgewogenes Urteil nur möglich ist, wenn neben dem erwähnten Vergleich über eine längere Zeit auch Faktoren wie Auftrags- und Margenentwicklung, Beschäftigungslage, Nachfrage usw. berücksichtigt werden.

Die Wirtschaft ist ein derart komplexes Gebilde, dass jede aus dem Zusammenhang herausgelöste Information zwangsläufig der Gefahr von Verzerrungen ruft. Damit die Öffentlichkeit kein falsches Bild erhält, ist es unerlässlich, dass die wichtigsten Wechselwirkungen in jedem Einzelfall bei der Formulierung und der Präsentation einer Nachricht entsprechend berücksichtigt werden. Nur so können die Voraussetzungen für eine ausgewogene und sachliche Meinungsbildung geschaffen werden. at.

Wirtschaftspolitik

Der Ecu und wir

Am 1. Januar 1979 ist vom Europäischen Rat das europäische Währungssystem (European Monetary System = EMS) eingeführt worden. Zentraler Punkt bildet die europäische Währungseinheit, meistens mit Ecu (European Currency Unit) abgekürzt. Der Wert eines Ecu beträgt rund

SFr. 2.25. Es handelt sich nicht um eine neue Währung oder gar um eine neue Münze, sondern um eine Rechnungseinheit und Bezugsgrösse im Rahmen des EMS.

Die für die Anlaufphase geltenden Regeln sind in groben Zügen bekannt, spätestens in 2 Jahren soll das Verfahren in ein endgültiges System eingebracht werden. Dahinter steht «die feste Entschlossenheit» der wichtigsten europäischen Staatsmänner, «durch eine engere währungspolitische Zusammenarbeit Europa zu einer grösseren inneren und äusseren Stabilität zu führen». So lauten die für Schweizer Begriffe etwas grossartig tönenden Erklärungen der Ministerpräsidenten, Finanzminister und Bankgouverneure. Was ist geplant?

Feste Wechselkurse unter den Teilnehmerländern

Jede Währung erhält einen Leit- oder Mittelkurs in bezug auf den Ecu. Sie darf von diesem Leitkurs um $+/- 2,25\%$ abweichen (gleichviel wie 1971 letztmals weltweit im Smithsonian-Abkommen vereinbart wurde). Bei Erreichen des unteren Interventionskurses müssen die Teilnehmerländer so lange die betreffende Währung aufkaufen, als dies nötig ist, um ein Abgleiten unter den Interventionskurs zu vermeiden. Steigt eine Währung an den oberen Interventionskurs, so muss so lange Geld des betreffenden Landes angeboten werden, als nötig ist, um ein Ansteigen dieser Währung über den oberen Interventionspunkt zu vermeiden.

Solche Interventionen der Notenbanken sollen und müssen durch weitere Massnahmen der betreffenden Regierungen unterstützt werden. Ein Land mit schwacher Währung wird beispielsweise eine restriktivere Geldpolitik verfolgen oder auf andere Weise eingreifen (Preisstop usw.).

Letztlich bleibt die Möglichkeit offen, die Parität des betreffenden Landes zum Ecu zu ändern (auf- oder abzuwerten), aber auch das nur im gegenseitigen Einvernehmen und nach einem gemeinsamen Verfahren, in das alle beteiligten Länder einbezogen werden.

Europäischer Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit (EFWZ)

Wenn eine Notenbank zugunsten einer Notenbank eines anderen Landes interveniert, das heisst dessen Währung kauft oder verkauft, entstehen unter den Teilnehmerländern, respektive ihren Zentralbanken Gläubiger- und Schuldnerpositionen. Diese dürfen nur kurze Zeit, das heisst längstens während 45 Tagen nach Ende des Monats der Intervention bestehen bleiben. Es ist also ein laufender Saldoausgleich angestrebt.

Der Saldoausgleich soll durch einen gemeinsamen Währungsfonds erleichtert und sichergestellt werden. In diesen Fonds zahlen die Notenbanken der Teilnehmerländer $20\frac{1}{4}\%$ ihres jeweiligen Goldbestandes und 20% ihrer jeweiligen Dollar-Reserven ein. Insgesamt soll der Fonds über 25 Milliarden Ecu verfügen, 14 Milliarden Ecu für kurzfristige und 11 Milliarden Ecu für langfristige Währungskredite.

Zusätzliche Massnahmen zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik

Der Europäische Rat ist sich bewusst, dass sein Hauptanliegen, eine bessere Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik der Länder Europas zu erreichen, nicht leicht zu verwirklichen ist. Insbesondere muss das Wirtschaftspotential der schwächeren Länder gefördert werden. Geplant sind